

© Die Glocke Ausgabe: SZ Ressort: Lokal vom: 07.11.2013

Die Stadt steigt aus, wenn Sindelfingen und der Kreis dem Projekt nicht ohne Kostenobergrenze zustimmen / Frist endet am 28. Februar

Ab jetzt tickt die Uhr für den Deckel

Von unserer Redakteurin Fariba Sattler



In vier Monaten könnte der Lärmschutz-Deckel auf der A 81 zwischen Sindelfingen und Böblingen Geschichte sein. Zwei Drittel der Böblinger Stadträte stimmten für den interfraktionellen Antrag: Böblingen steigt aus, wenn Sindelfingen weiter an einer Kostenobergrenze festhält.

Der SPD-Fraktionschef Herbert Protze will endlich Taten sehen: „Hop oder Top. Es gibt nichts mehr zu diskutieren.“ Jetzt hat der Böblinger Gemeinderat die folgenden zwei Punkte beschlossen. Erstens: Die Verwaltung wird die Finanzierungsvereinbarung zum Bau des Deckels ohne Kostenobergrenze abschließen. Zweitens: Bis zum 28. Februar 2014 müssen auch Sindelfingen und der Landkreis die Vereinbarung ohne Kostenobergrenze unterzeichnen, ansonsten wird Böblingen aus der Deckel-Finanzierung aussteigen. Bund und Land sollen dann die Autobahn so ausbauen, wie ursprünglich geplant. Das bedeutet zwölf Meter hohe Lärmschutzwände zum Schutz der Wohngebiete an der A 81.

Bangen um den Lärmschutz-Deckel: Der Böblinger Gemeinderat hat der Nachbarstadt eine Frist gesetzt. Jetzt steht der 850 Meter lange Deckel auf der Kippe. Bild: Jung

Nur Reinhard Siekemeier (Freie Wähler) stimmte gegen Punkt 1: „Ich habe große Bauchschmerzen bei einem Beschluss ohne festgelegte Kostenobergrenze.“ So geht es auch Oberbürgermeister Wolfgang Lützner, der sich komplett der Stimme enthielt: „Das dem Beschluss

zugrunde liegende Anliegen unterstütze ich ausdrücklich. Mit großer Sorge sehe ich allerdings den Verzicht auf eine Obergrenze.“

Der Ausbau der A 81 auf sechs Fahrspuren soll 230 Millionen Euro kosten, der Deckel liegt inzwischen bei etwa 68,3 Millionen Euro. Das Projekt Deckel ist seit mehr als sieben Jahren Thema. Über die Kostenanteile hatten sich Bund, Land, Kreis und Städte im Juli 2009 geeinigt: Der Bund zahlt 46,3 Prozent, das Land 21,3 Prozent, der Kreis und die Städte jeweils 10,8 Prozent.

Für Kreis und Städte hieß das erst fünf Millionen Euro, dann 7,4 Millionen. Inzwischen rechnet das Regierungspräsidium mit maximal 8,6 Millionen Euro als Anteil für den Kreis und die beiden Städte. Böblingen und Sindelfingen wollten noch über eine Kostenobergrenze verhandeln. Im September gab es dazu ein Nein von Verkehrsminister Winfried Herrmann. Am Dienstag habe das Regierungspräsidium nun mitgeteilt, dass eine Stundung der Mehrkosten möglich sei, wenn die

8,6 Millionen Euro überschritten werden und dies die Rechtmäßigkeit des Haushalts gefährde, so die Verwaltung.

Gegen die Frist für Sindelfingen und den Landkreis stimmten zehn Stadträte aus den Fraktionen CDU, FDP und Die Grünen. CDU-Fraktionschef Peter Grotz: „Ich will unser Bekenntnis zum Deckel nicht mit einem Verfallsdatum versehen.“ Sven Reisch von den Grünen pflichtete ihm bei: „Das Ultimatum bringt nur Unruhe. Ich will auch noch am 1. März zum Deckel stehen. Lärmschutzwände sind uns zu wenig.“ Auch Helmut Kurtz (FDP) hält die Frist für falsch: „Wir sind gemeinsam stärker. Ein Streit ist der Sache nicht dienlich.“

„Auch Sindelfingen steht im Wort“

Herbert Protze (SPD) sieht die Frist als eine klare Positionierung Böblingens: „Wir können den Bürgern nicht länger erklären, warum das so lange dauert. Wir wollen den Ausbau der A 81. Wir wollen den Deckel. Aber wir sind nicht länger bereit zu warten. Dann lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“ Peter Kirn (Freie Wähler): „In Sindelfingen sind fünfmal so viele Menschen vom Lärm der Autobahn betroffen als in Böblingen. Bernd Vöhringer wäre bekloppt, wenn er dem Vorschlag nicht zustimmt.“ Sein Fraktionschef Daniel Wengenroth sieht in der Frist eine Kostenbegrenzung: „Je mehr Zeit noch vergeht, desto größer wird das Risiko. Wenn der Deckel scheitert, gibt es nach wie vor das alte Konzept. Das ist keine schöne Lösung, aber wichtig ist der sechsspurige Ausbau.“ Auch Dr. Thorsten Breiffeld (CDU) ist für die Frist: „Auch Sindelfingen steht bei Bürgern und Industrie im Wort und wird dieses nicht brechen.“

OB Lützner übte in der Sitzung außerdem Kritik an Landrat Roland Bernhard, der den Zwist zwischen den Städten als Sandkastenspiele bezeichnet hatte: „Landrat Bernhard verkennt völlig, welche Belastung mit der Kostenbeteiligung für die Stadt Böblingen verbunden ist.“ Das liege daran, dass der Landkreis seinen Anteil über die Kreisumlage finanziere: „Der Kreistag beschließt die Ausgabe und die Städte müssen den Beschluss bezahlen.“

Dass der Sindelfinger Oberbürgermeister Dr. Bernd Vöhringer von der Frist nicht viel hält, steht auch auf [Seite 10](#) in der heutigen SZ/BZ. Jetzt müsse der Sindelfinger Gemeinderat eine große Entscheidung treffen.